

Weder an die Urne, noch auf die Straße

Politische Beteiligung von Arbeitsmarktteilnehmern vor und nach den Hartz-Reformen

Sebastian Chr. Fückel

1. Einleitung

Es ist nun gut ein Jahrzehnt her, als man in Deutschland den kranken Mann Europas sah, der unter zahlreichen Gebrechen litt: PISA-Schock, Massenarbeitslosigkeit, steigende Staatsverschuldung, zunehmende soziale Ungleichheit und viele mehr (vgl. Sinn 2003). Viele dieser Krankheitssymptome konnten in der letzten Dekade mit teils sichtbarem Erfolg – wie etwa der Abbau der Sockelarbeitslosigkeit zeigt – ökonomisch und politisch behandelt werden, sodass sich der Patient allmählich wieder auf dem Weg der Besserung befindet. Und obwohl er noch lange nicht wieder vollständig genesen ist, gilt er heute bereits als europäische Wachstumslokomotive. Um den Heilungsprozess voranzutreiben, bedurfte es eines ganzen Medikamenten-Mix. Dabei wird den Reformen im Zuge der „Agenda 2010“ – und hier vor allem den Hartz-Gesetzen – oftmals eine besonders nachhaltige Wirkung attestiert. Gleichwohl finden sich auch

Stimmen, die auf einige unerwünschte Nebenwirkungen der Behandlungsmethoden (wie z.B. den Anstieg prekärer Beschäftigung) hinweisen.

Die Kritik richtet sich im Wesentlichen auf einen Prozess, der als „Dualisierung des Arbeitsmarktes“ bezeichnet wird und auch in anderen entwickelten Ländern zu beobachten ist. Er beschreibt im Kern die politisch initiierte Auseinanderentwicklung der Arbeitsmarktlage bestimmter sozialer Gruppen hinsichtlich ihrer Rechte und Ansprüche gegenüber sozialen Sicherungssystemen, sowie deren gesamtgesellschaftliche Folgen. Die mit den Hartz-Reformen einhergehende Verschiebung vom „Versicherungs-“ in Richtung „Grundsicherungsprinzip“ in der Arbeitslosenversicherung verkörpert ihn ebenso, wie der Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, Befristung, geringfügige Beschäftigung, Leih-/Zeitarbeit) zu Lasten des Normalarbeitsverhältnisses (vgl. Keller et al. 2012). Nicht selten werden diese Tätigkeiten in Ermange-



Sebastian Chr. Fückel
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Universität Trier
Institut für Soziologie

lung von Alternativen unfreiwillig ausgeübt. In diesem Fall spricht man von „prekärer Beschäftigung“. Folge des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Wandels ist somit eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit am Arbeitsmarkt, die sich in einer Aufspaltung der Arbeitsteilnehmer manifestiert, wobei „Insider“ weiterhin sozial abgesicherte und gut entlohnte Arbeitsplätze besetzen, während „Outsider“ sich vornehmlich in Arbeitsverhältnissen mit unzureichender sozialer Absicherung und geringen Einkommenschancen oder gar in der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit wiederfinden.

Da Dualisierungsprozesse auch politische Entscheidungen darstellen und die Verantwortlichen in Regierungsämtern meist eindeutig identifiziert werden können, stellt sich die Frage, welche politischen Konsequenzen die Bürger daraus ziehen. Die meisten Untersuchungen beschränken sich auf das Wahlverhalten und formulieren die These vom „Dilemma sozialdemokratischer Parteien“. Demnach haben Dualisierungsprozesse im Zuge der Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft in Insider und Outsider bewirkt, dass sich ihre vormals weitgehend geeinten politischen und ökonomischen Interessenlagen nun in vielerlei Hinsicht unvereinbar gegenüberstehen. Sozialdemokratische Parteien müssen sich in der Folge entscheiden, welche der beiden Gruppen ihrer ehemaligen Kernklientel sie künftig repräsentieren wollen. Laut Vertretern der „Dilemma“-These fällt ihre Wahl auf die Gruppe der Insider, da eine Repräsentation ihrer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Interessen gemäß den Annahmen der ökonomischen Theorie des Wählerverhaltens höhere Siegchancen bei Parlamentswahlen verspricht. Outsider würden sich daher von der Sozialdemokratie abwenden und entweder andere Parteien wählen oder sich ganz aus dem politischen Prozess zurückziehen.

In der Bundesrepublik wird als Indiz für die erste Option zumeist das Erstar-

ken der Linken auf der einen Seite und das schlechte Abschneiden der SPD bei zahlreichen Landtags- sowie den Bundestagswahlen 2005 und 2009 auf der anderen Seite herangezogen. Die zweite Option eines im Vergleich zu Insidern verstärkten Rückzugs der Outsider aus dem gesamten politischen Prozess wurde bisher jedoch nicht oder nur unzureichend geprüft. Ziel dieses Beitrags ist es daher zu analysieren, inwiefern die Hartz-Reformen auf die politische Teilhabe der beiden Arbeitsmarktgruppen eingewirkt haben.

2. Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Wandel im Zuge der Hartz-Reformen

Dualisierungsprozesse beschreiben im Kern arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen, die eine Auseinanderentwicklung der sozialen Lage von bestimmten Arbeitsmarktgruppen im Hinblick auf deren soziale Sicherung und deren Arbeitsmarktchancen bewirken. Dies kann grundsätzlich auf drei verschiedene Weisen geschehen: *Erstens* können bereits existierende Spaltungen zwischen privilegierten und weniger privilegierten Gruppen verschärft werden, indem die Rechte von Outsidern weiter beschnitten werden, während der Status von Insidern unangetastet bleibt. *Zweitens* kann ein Teil der Arbeitsteilnehmer, der vorher der privilegierten Gruppe angehört hat, im Zuge des Dualisierungsprozesses in die Gruppe der benachteiligten Personen abrutschen. Das ist z.B. der Fall, wenn politische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass bestimmte Erwerbstätige fortan in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen, die schlechtere Konditionen im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Entlohnung und soziale Sicherung bieten, als das vorher der Fall war. *Drittens* können sozialpolitische Entscheidungen neue Ungleichheiten zwischen bestimmten Arbeitsmarktgruppen erzeugen, die vorher so noch nicht existiert ha-

ben. Dualisierungsprozesse verschärfen somit soziale Ungleichheiten am Arbeitsmarkt.

In der Bundesrepublik lässt sich ein solcher Prozess idealtypisch an der „Agenda 2010“ verdeutlichen, deren wesentliche Bestandteile in der Regierungserklärung Gerhard Schröders unter dem Titel „Mut zum Frieden – Mut zur Veränderung“ zusammengefasst sind (vgl. Deutscher Bundestag 2003). Sie diente dem Zweck, zahlreiche arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitische Probleme, unter denen Deutschland zu leiden hatte, durch weitreichende Reformen (u.a. des Gesundheits-, Renten- und Steuersystems) zu beseitigen. Vor allem die Maßnahmen der Hartz-Gesetze, die dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ verschrieben waren, haben den Dualisierungsprozess vorangetrieben (vgl. Dingeldey 2010). Allerdings lassen sich erste Tendenzen auch schon vorher beobachten, bspw. im Zuge des Arbeitsmarktförderungsreformgesetzes (1997) und des Job-AQTIV-Gesetzes (2002).

Eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit zwischen Arbeitsmarktgruppen hat vor allem das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) bewirkt. Insbesondere Langzeitarbeitslose (als Teilgruppe der Outsider) sind nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) gegenüber Erwerbstätigen und Kurzarbeitslosen relativ schlechter gestellt als vor dessen Einführung. Das ALG II stellt eine steuerfinanzierte Grundsicherungsleistung dar, die aus der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe resultiert und nur unter der Voraussetzung der Hilfebedürftigkeit gewährt wird. Indem sich die Leistungshöhe am Niveau der Sozialhilfe orientiert, wurde das für den deutschen Wohlfahrtsstaat typische Prinzip der sozialen Statussicherung, welches durch die Arbeitslosenhilfe zuvor noch aufrecht erhalten wurde, aufgegeben. Darüber hinaus hat das vierte Hartz-Gesetz auch mit Anpassungen der Leistungen zur Arbeitsmarktintegration, der

Beschäftigungsförderung, der kollektiven Mitbestimmungsrechte sowie der Pflichten zur Arbeitsaufnahme zum Dualisierungsprozess beigetragen (vgl. Dingeldey 2010).

Eine weitere Form der Dualisierung, in der bestimmte Arbeitsmarktteilnehmer einen sozialen Abstieg in weniger privilegierte Positionen erfahren, hat dagegen das zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz II) bewirkt, indem man es Arbeitgebern ermöglicht hat, leichter und vermehrt atypische Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten des Normalarbeitsverhältnisses zu etablieren. Dabei wurden insbesondere Restriktionen zum Abschluss geringfügiger und befristeter Arbeitsverträge abgebaut. Da bspw. Mini-Jobs von der Beitragspflicht zu den sozialen Sicherungssystemen entbunden sind, stellen sie gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis in mehrfacher Hinsicht ein qualitativ schlechteres Arbeitsverhältnis dar. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass sich allein zwischen 2003 und 2010 der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Beschäftigten von 33,4 auf 37,6 Prozent erhöht hat, während im Gegenzug immer weniger Erwerbstätige einem Normalarbeitsverhältnis nachgegangen sind (vgl. Keller et al. 2012: 15).

Das zweite Gesetz der Hartz-Reformen hat darüber hinaus eine neue Erscheinungsform sozialer Ungleichheit zu Tage gefördert, die vorher so noch nicht zu beobachten gewesen ist. Durch die Einführung des Gründungszuschusses für Arbeitslose (Ich-AG) sollten diese motiviert werden, einer selbstständigen Tätigkeit nachzugehen. Tatsächlich wurde dadurch jedoch eher eine neue Form atypischer Beschäftigung (Solo-/Scheinselbstständigkeit) gefördert. Scheinselbstständige zeichnen sich gegenüber etablierten Selbstständigen durch eine hohe Weisungsgebundenheit und Abhängigkeit von ihrem Auftraggeber aus. Sie sind nicht selten in dessen Organisationsstrukturen eingebunden und bewegen sich somit in einer „Grauzone“ zwischen ab-

hängiger und selbstständiger Tätigkeit, müssen aber selbst die Verantwortung für ihre soziale Sicherung tragen. Bereits zwei Jahre nach Einführung des Gründungszuschusses wurde bei einem Fünftel aller Bezieher die Förderung vorzeitig abgebrochen, mehr als die Hälfte davon fiel erneut in die Arbeitslosigkeit zurück (vgl. Wießner 2005).

Insgesamt haben die Hartz-Gesetze somit einen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Dualisierungsprozess in Gang gesetzt, der durch die Rückführung sozialpolitischer Leistungen zum einen die Abhängigkeit der Arbeitsmarktteilnehmer von Marktprozessen erhöht, zum anderen eine Auseinanderentwicklung des sozialen Status von Insidern und Outsidern bewirkt. Damit gehen auch verstärkt unterschiedliche Interessenlagen einher. Während Insider primär an einer Gesetzgebung interessiert sind, die sie gegen das Risiko des Arbeitsplatzverlustes schützt (z.B. Kündigungsschutzregelungen), richtet sich das Interesse der Outsider eher an einem leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt aus. Umgekehrt befürworten Outsider mehr Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z.B. Geldleistungen, Weiterbildungsangebote), während Insider dies ablehnen, da sie diese Leistungen in Gestalt höherer Steuern und Abgaben zu finanzieren hätten. Welche Folgen ergeben sich nun aber aus diesen gegensätzlichen Interessenlagen für den politischen Prozess?

3. Das Dilemma sozialdemokratischer Parteien und seine Folgen

Sozialdemokratische Parteien haben sich im gesellschaftlichen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital von jeher als Interessenvertreter der Arbeitnehmer (v.a. der Arbeiter) verstanden. Das war ihnen so lange problemlos möglich, wie die Arbeitnehmer als einheitliche soziale Gruppe aufgetreten sind. Die soeben beschriebenen Entwicklungen im Zuge des

Dualisierungsprozesses haben jedoch dazu geführt, dass sich die Gruppe der Arbeitnehmer aufgespalten hat, nämlich in Insider mit gut entlohnten und sozial gesicherten sowie gut gegen das Risiko des Arbeitsplatzverlustes geschützten Jobs und Outsider, die sich in atypischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnissen mit schlechter Entlohnung und sozialer Sicherung bzw. in der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit wiederfinden. Für sozialdemokratische Parteien ergibt sich daraus die problematische Situation, nicht mehr beide sozialen Gruppen zugleich repräsentieren zu können. Sie müssen sich für eine der beiden Gruppen entscheiden. Das ist die These vom „Dilemma sozialdemokratischer Parteien“.

Nimmt man an, dass sich eine sozialdemokratische Partei für diejenige Gruppe entscheidet, die ihr die besseren Chancen auf einen Wahlsieg ermöglicht, so wird sie die Präferenzen der Insider repräsentieren, diejenigen der Outsider hingegen vernachlässigen. Insider vertreten im Hinblick auf arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sachfragen nämlich eine Position, die gemäß den Annahmen der ökonomischen Theorie des Wählerverhaltens größere Chancen auf eine politische Mehrheit eröffnet (sog. „Medianwähler-Position“). Von Bedeutung ist nun, wie die Outsider darauf reagieren. Hinsichtlich des Wahlverhaltens sind grundsätzlich zwei Verhaltensweisen denkbar: Entweder entscheiden sie sich dafür, eine andere (z.B. weiter links aufgestellte) Partei zu wählen, die ihre Interessen besser vertritt, oder sie ziehen sich aus Enttäuschung bzw. Protest ganz vom Wahlakt zurück („Exit“-Strategie).

Der Rückzug vom Wahlakt muss aber nicht gleichbedeutend mit einer generellen Abkehr der Outsider vom politischen Prozess sein. Im Gegenteil können sie durch die Wahl einer „Voice“-Strategie gezielt auf ihre politischen Interessen aufmerksam machen. Dazu steht ihnen eine ganze Reihe alternativer Beteiligungsformen zur Verfügung, mit deren Hilfe sie politische Entscheidungen beein-

flussen können: Demonstrationen, die Kontaktaufnahme mit Wahlkreisvertretern, Unterschriftensammlungen u.v.m. Im Folgenden soll daher geprüft werden, ob sich Outsider im Vergleich zu Insidern im Zuge des Dualisierungsprozesses generell stärker aus dem politischen Prozess zurückgezogen haben, oder ob sie stattdessen nur auf andere Beteiligungsformen ausgewichen sind.

Folgt man den Vertretern der Dilemma-These, so ist anzunehmen, dass sich Outsider in Folge des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Wandels zunehmend aus dem politischen Prozess zurückgezogen haben. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass der Dualisierungsprozess die politische Unzufriedenheit der Outsider und damit ihre Motivation zur politischen Teilhabe erhöht hat. In diesem Fall müsste bei ihnen im Zuge der Umsetzung der Hartz-Reformen ein Anstieg der Nutzung (alternativer) politischer Beteiligungsformen zu beobachten sein.

4. Politische Beteiligung vor und nach den Hartz-Reformen

Um zu prüfen, welche der genannten Vermutungen eher zutrifft, werden nachfolgend einige empirische Befunde auf Grundlage der Daten der ersten und der dritten Erhebungswelle des European Social Survey (ESS) präsentiert. Der ESS bietet zum einen den Vorteil, über eine Vielzahl an Indikatoren für diverse politische Beteiligungsformen zu verfügen. Zum anderen decken die beiden Wellen die Zeiträume unmittelbar vor und nach Umsetzung der Hartz-Reformen nahezu perfekt ab. Insgesamt umfasst der Fragebogen jeweils zehn verschiedene Formen politischer Beteiligung, die sich zu einem einfachen additiven Index (Teilnahme an 0 bis 10 Formen) aufsummieren lassen, um Auskunft über die Partizipationsbereitschaft der beiden Arbeitsmarktgruppen zu er-

halten. Die Zuteilung zur Gruppe der In- bzw. Outsider erfolgt anhand der Art des Beschäftigungsverhältnisses. Teilzeitbeschäftigte, die gemäß Arbeitsvertrag weniger als 20 Stunden pro Woche arbeiten, befristete Beschäftigte und Solo-Selbstständige (d.h. Selbstständige ohne Mitarbeiter) sowie Arbeitslose werden als Outsider, alle anderen Erwerbstätigen als Insider klassifiziert.

Inwiefern sich die zunehmende soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt in eine zunehmende politische Ungleichheit umgesetzt hat, geht aus Tabelle 1 hervor. Darin sind zum einen die relativen Teilnahmehäufigkeiten der Arbeitsmarktinsider bzw. -outsider (in Prozent) an den zehn verschiedenen Beteiligungsformen sowie die durchschnittliche Anzahl genutzter Beteiligungsformen in Gestalt des Partizipations-Index aufgelistet. Zum anderen enthält die Tabelle Angaben über die Prozentpunktdifferenzen der Anteils- bzw. Mittelwerte zwischen Insidern und Outsidern sowie zwischen den beiden Zeitpunkten innerhalb der beiden Arbeitsmarktgruppen.

Ein erster Blick darauf zeigt, dass die Teilnahme an Bundestagswahlen die am häufigsten genutzte Beteiligungsform ist. Mit großem Abstand folgen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen und der gezielte Boykott bestimmter Produkte. Seltener sind die Arbeitsmarktteilnehmer Mitglied einer politischen Partei. Darüber hinaus stellen sie sich für eine Mitarbeit in politischen Gruppierungen nur selten zur Verfügung und auch das Tragen von Kampagnenstickern zählt zu den weniger genutzten Beteiligungsformen. Im Durchschnitt haben sich Insider in der ersten Befragungswelle an 2,5 verschiedenen Partizipationsformen beteiligt, Outsider an nur unwesentlich weniger, nämlich an 2,4 Formen. Im Zeitraum der dritten Befragungswelle ist die Beteiligungsbereitschaft bei beiden Gruppen gesunken, bei Outsidern jedoch stärker als bei Insidern.

Tabelle 1: Politische Beteiligung von Insidern und Outsidern im Zeitvergleich

	ESS 1			ESS 3			Insider Differenz ESS 1-3	Outsider Differenz ESS 1-3
	(20.11.2001 - 16.05.2003)			(01.09.2005 - 15.01.2007)				
	Insider	Outsider	Differenz	Insider	Outsider	Differenz		
Wahlbeteiligung	88,5	82,4	- 6,1***	82,8	74,4	- 8,4***	- 5,7***	- 8,0***
Parteimitgliedschaft	3,4	2,6	- 0,8	4,7	2,5	- 2,2**	+ 1,3	- 0,1
Gewerkschaftsmitgliedschaft	42,6	29,7	-12,9***	38,7	23,9	-14,8***	- 3,9*	- 5,8**
Parteiarbeit	3,9	3,1	- 0,8	5,0	2,8	- 2,2**	+ 1,1	- 0,3
Politikerkontakt	14,8	15,3	+ 0,5	13,9	12,9	- 1,0	- 0,9	- 2,4
Organisationsarbeit	20,1	18,3	- 1,8	23,7	20,3	- 3,4	+ 3,6*	+ 2,0
Unterschriftensammlung	32,7	34,0	+ 1,3	32,4	26,7	- 5,7**	0,3	- 7,3**
Kampagnensticker	6,0	7,8	+ 1,8	5,2	4,6	- 0,6	0,8	- 3,2**
Demonstration	10,9	13,6	+ 2,7	7,6	8,9	+ 1,3	- 3,3**	- 4,7**
Produktboykott	28,3	29,1	+ 0,8	25,1	23,8	- 1,3	- 3,2	- 5,3*
Index pol. Partizipation	2,54	2,41	-0,13	2,41	2,02	-0,39***	-0,13*	-0,39***

Quelle: eig. Berechnungen mit kumuliertem ESS-Datensatz (gewichtet); Partizipationsformen: Angaben in %; Index pol. Partizipation: durchschnittliche Anzahl genutzter Partizipationsformen; Signifikanzniveaus: * = 0,1, ** = 0,05, *** = 0,01

Die drei linken Spalten der Tabelle (ESS 1) belegen, dass die Differenzen zwischen den beiden Arbeitsmarktgruppen vor Umsetzung der Hartz-Reformen bei fast allen Beteiligungsformen marginal sind. Lediglich der Gang zur Wahlurne und eine Gewerkschaftsmitgliedschaft sind bei Outsidern deutlich seltener zu beobachten. Die übrigen Beteiligungsformen werden zum Teil von Insidern, zum Teil von Outsidern häufiger genutzt. Entsprechend fällt auch die Differenz im Partizipations-Index nur sehr gering aus. Von einem generellen Niveauunterschied in der politischen Beteiligung von Insidern und Outsidern vor Umsetzung der Hartz-Gesetze kann daher nur eingeschränkt die Rede sein.

Die mittleren drei Spalten der Tabelle (ESS 3) lassen jedoch auf ein Partizipationsverhalten im Anschluss an die Hartz-Reformen schließen, denn die zuvor beobachteten Unterschiede im Wahlverhalten und der Gewerkschaftsmitgliedschaft haben sich merklich verstärkt. Darüber hinaus treten nun auch bei der Parteimitgliedschaft, der Parteiarbeit und der Beteiligung an Unterschriftensammlungen

bedeutende Differenzen hervor. Überhaupt beteiligen sich Outsider in der dritten Befragungswelle mit Ausnahme der Teilnahme an Demonstrationen an keiner der angeführten Partizipationsformen häufiger als Insider. Am Index politischer Partizipation ist abzulesen, dass Outsider im Anschluss an die Hartz-Reformen durchschnittlich „eine halbe Beteiligungsform“ weniger als Insider genutzt haben. Dies spricht für einen generellen Rückzug der Outsider aus dem politischen Prozess im Anschluss an den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Wandel und stützt die Vermutungen der Vertreter der Dilemma-These.

Die beiden rechten Spalten der Tabelle demonstrieren die Veränderung des Beteiligungsverhaltens von Insidern und Outsidern unmittelbar im Zeitverlauf. In beiden Gruppen ist im Mittel ein Rückgang der Beteiligungsbereitschaft zu beobachten. Während er bei Insidern jedoch eher marginal ausfällt und einige Partizipationsformen sogar häufiger genutzt werden, ziehen sich Outsider deutlich stärker aus dem politischen Prozess zurück. Das gilt sogar für die Teilnahme an

öffentlich genehmigten Demonstrationen, obwohl Outsider mit dem Gang auf die Straße aufgrund der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit besonders gut auf ihre Interessen aufmerksam machen könnten.

5. Fazit

Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Wandel, den Deutschland im Zuge der Hartz-Reformen durchlaufen hat, hat offenbar zu einem Rückzug der Arbeitmarktteilnehmer vom politischen Prozess beigetragen. Während bei Insidern allerdings nur leichte Veränderungen festzustellen sind, wenden sich Outsider immer mehr vom politischen Geschehen ab. Die zunehmende soziale Ungleichheit verstärkt somit auch die politische Ungleichheit der Arbeitmarktteilnehmer. Insbesondere die Interessen schlecht entlohnter und nur unzureichend sozial abgesicherter Arbeitmarktteilnehmer finden immer weniger Eingang in die politische Entscheidungsfindung, nachdem Outsider nicht mehr auf sozialdemokratische Parteien als Verbündete in der politischen Arena zählen können. Stattdessen wenden sie sich vermehrt extremeren Parteien zu, sofern sie sich überhaupt noch an Wahlen beteiligen. Es darf bezweifelt werden, ob dies ein gutes Zeichen für die Demokratie ist. Genauso wenig erbaulich ist es, wenn sich der ehemals „kranke Mann Europas“ nur auf Kosten einer geringeren politischen Partizipationsbereitschaft seiner Bürger erholt. Eine Gesellschaft, in der ein großer Teil der Bürger seine politischen Interessen weder auf der klassischen Wahl, die Mitgliedschaft in

politisch legitimierten Interessengruppen), noch auf alternativen Wegen (wie politischen Demonstrationen) kundtut, kann jedenfalls nicht als kerngesund angesehen werden.

Weiterführende Untersuchungen sollten die Entwicklung über einen längeren Zeitraum beobachten. Auch ein Vergleich mit den Auswirkungen von Dualisierungsprozessen in anderen Ländern könnte mehr Aufschlüsse über die politischen Konsequenzen steigender Ungleichheit am Arbeitsmarkt zu Tage fördern. Insgesamt sprechen die Befunde dafür, dem Arbeitsmarktstatus mehr Aufmerksamkeit bei der Analyse des politischen Verhaltens zu schenken.

Literatur

- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2003): Stenografischer Bericht. 32. Sitzung der 15. Wahlperiode. Berlin
- Dingeldey, Irene (2010): Agenda 2010. Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 48/2010, 18-25
- Keller, Berndt/Schulz, Susanne/Seifert, Hartmut (2012): Entwicklungen und Strukturmerkmale atypisch Beschäftigter in Deutschland bis 2010. WSI-Diskussionspapier 182
- Sinn, Hans-Werner (2003): Der kranke Mann Europas. Diagnose und Therapie eines Kathedersozialisten. Neuhardenberg
- Wießner, Frank (2005): Neues von der Ich-AG. Nicht jeder Abbruch ist eine Pleite. IAB-Kurzbericht 2/2005, 1-6